

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Vorsitzender

An die
Kolleginnen und Kollegen
in den DGB-Gewerkschaften

16. Juli 2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für die SPD und für die Gewerkschaften grundlegende Werte gemeinsamer Geschichte und Richtschnur für unser zukünftiges Wirken.

Dabei haben wir im gesellschaftlichen und politischen Alltag unterschiedliche Aufgaben. Die SPD ist nicht Gewerkschaftspartei, die Gewerkschaften sind nicht Parteiengewerkschaft. Das muss auch so bleiben. Wenn unsere Aufgabenstellung identisch wäre, müssten wir nicht zwei unterschiedliche Organisationen sein. Aber Unterschiedlichkeit heißt nicht Gegensätzlichkeit. Für die SPD gilt, was im Berliner Programm von 1989 steht: "Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie. Mit ihnen verbindet uns gemeinsame Geschichte und gemeinsames Ziel."

Wir haben in der Vergangenheit zusammen viel erreicht, für die Menschen und für das Land. Aber das Miteinander war auch nie frei von Spannungen, zumal in Zeiten tiefgreifender Umbrüche wie diesen.

Das historische Bündnis zwischen organisierter Sozialdemokratie und Gewerkschaften musste immer auch kämpfen, um die richtige Antwort auf die Frage, wie im tiefgreifenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse sozialer Fortschritt erreichbar ist.

Unser Sozialstaat ist gewachsen als Antwort auf nationalen Kapitalismus, auf Industrialisierung, auf Bevölkerungswachstum und auf lange Lebensarbeitszeiten. Alles dies gibt es so nicht mehr in Deutschland.

Das Kapital ist global engagiert, Unternehmen internationalisieren, die Industriegesellschaft verschiebt sich Richtung Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, wir haben viel zu wenig Kinder in Deutschland und die Lebensarbeitszeit sinkt auf 38 Jahre, mit durchschnittlich 21 hinein, mit 59 Jahren heraus.

Die Rahmenbedingungen für politische und für Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit verändern sich in diesen Jahrzehnten also erheblich. Das merken wir in der Politik, das merkt ihr in eurer Arbeit in der Organisation, in Betrieben und Verwaltungen, ob haupt- oder ehrenamtlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Gewerkschaften sind in einer objektiv schwierigen Phase. Es stellt sich die Frage nach der richtigen Strategie und den richtigen Instrumenten, um trotz der Veränderungen Wohlstand für alle und soziale Gerechtigkeit und zwar dauerhaft sichern zu können. Und um zu diesem Zweck die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten und Prosperität zu garantieren.

Leicht ist diese Aufgabe nicht. Niemand hat die Wahrheit von Anfang an und komplett auf seiner Seite, Zuhören und Nachdenken sind nützlich. Entschlossenes Handeln aber auch, wenn wir uns nicht von den Entwicklungen überrollen lassen wollen. Denn wir leben in einer Zeit, die politisch und sozial gestaltet werden muss. Wir müssen den Mut dazu haben. Deshalb ist die Agenda 2010 richtig. Es kommt auf sorgfältige Umsetzung an und auch darauf, dass wir bei aller Kritik am einen oder anderen Detail nicht die Hauptakzente übersehen, die sich mit Sicherung der Sozialsysteme, Ausbildung, Vermittlung der Langzeitarbeitslosen, Bürgerversicherung und Innovation verbinden.

Die Gewerkschaften sind zu recht stolz auf ihre Leistungen in den vergangenen Jahrzehnten, die zu einem breit gestreuten Wohlstand und zu demokratischer Stabilität beigetragen haben. Heute ist es schwerer, die zeitgemäßen politischen Antworten zu finden. Der Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Pragmatismus im betrieblichen Alltag und den prinzipiellen Verlautbarungen im Generellen ist unübersehbar. Die punktuelle betriebliche Vereinbarung der IG Metall zur 40-Stunden-Woche in der Realität und ihre Kritik an

der Debatte zur 40-Stunden-Woche generell in dem 'Arbeitnehmerbegehren' ist ein Beispiel, das irritiert.

Forderungen nach 15 % Eingangsteuersatz, einem hohen Grundfreibetrag, nach Förderung von Familien, nach Tarifautonomie, nach Steuerfreiheit für Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschlag, nach Bürgerversicherung, nach Stärkung der öffentlichen Investitionen unterstützen wir - sie entsprechen unserer Politik.

Kritisiert wird im 'Arbeitnehmerbegehren' die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent 2005. Das bringt 660 Euro für einen Alleinverdiener mit Spitzensteuersatz (55.000 Euro Jahreseinkommen), für ein Ehepaar (110.000 Euro Einkommen) 1.100 Euro pro Jahr. Im 'Arbeitnehmerbegehren' wird ein Vorteil von 67.000 Euro behauptet. Das stimmt, aber nur, wenn man ein zu versteuerndes Einkommen von 2 Millionen Euro als normal für Spitzensteuerzahler annimmt. Ist das eine faire Argumentation?

Wir sind beide, SPD und Gewerkschaften, in einer Bewährungsprobe. Entscheidend ist, dass wir - bei Bewahrung unserer Grundwerte und Normen - zeitgemäß handeln, um die Idee der sozialen Demokratie zu stärken und zu erneuern.

Wir stehen in Deutschland - und auch in Europa - vor einer Wegscheide: Gehen wir unseren Weg des Europäischen Sozialstaatsmodells weiter mit gesicherten Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit der Mitbestimmung, mit solidarischen Sicherungssystemen - oder gehen wir den Weg eines total entfesselten Marktes, wie es die Konservativen vorhaben? Wo können die Pflöcke geschlagen werden, dass sie halten? Niemand darf sich über die Tragweite dieser Richtungsentscheidung Illusionen machen.

Wir müssen also viel daran setzen, auch in dieser schwierigen Phase unser Bündnis zu erhalten und wieder zu beleben. Ich jedenfalls bin dazu fest entschlossen und weiß mich dabei in Übereinstimmung mit Partei und Regierung und Fraktion.

Dazu gehört aus meiner Sicht zuallererst, dass wir miteinander sprechen, nicht übereinander. Und die Gegenwarts- und die Zukunftsthemen müssen auf unserer gemeinsamen Tagesordnung stehen: Bildung, Innovation, Wohlstand für alle. Industriepolitik, Zukunft der Arbeit, Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit. Globalisierung und Europäisierung. Freiheit und Demokratie. Frieden.

Das ist die Regierungspolitik von Gerhard Schröder. Deren dauerhafte pauschale Ablehnung durch Teile der Gewerkschaften wäre ein schwerer politischer Fehler und würde die

Handlungsstärke der Gewerkschaften nachhaltig schwächen. Ich bin überzeugt, dass die Schrödersche Politik sich als belastbar beweisen wird und dass die Gewerkschaften in der Gefahr sind, sich selbst um ihre Wirkung zu bringen, wenn sie diese Politik frontal ablehnen. Wer zum Ganzen Nein sagt, hat bei Teilentscheidungen keine Stärke.

Drei Dinge erscheinen mir besonders wichtig, ganz praktisch:

- Der wechselseitige Informationsfluss muss intensiver werden. Miteinander reden und einander informieren. Auf allen Ebenen. Der Gewerkschaftsrat und öffentliche Dialoge werden dabei helfen.
- SPD-Mitglieder als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirken in den Gewerkschaften mit. Das soll so bleiben und dafür werben wir. Umgekehrt ermuntern wir auch die ehrenamtlichen und die hauptamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sich stärker in der SPD und mit der SPD zu engagieren.
- Zu programmatischen Themen müssen wir die Debatten verstärken. Die Kernfrage ist die nach sozialem Fortschritt: Wie können wir unter den Bedingungen der Globalisierung Kleinmut vermeiden und zielgerichtet soziale Marktwirtschaft verwirklichen und mehr Demokratie erreichen? Wie können wir den Primat der Politik sichern?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Würde das Misstrauen untereinander wachsen und würden die Kräfte zersplittern, wäre die Chance für eine gute Zukunft vertan. Das wäre tragisch. Vor allem aber unverantwortlich.

Angesichts der Spekulationen der letzten Zeit betrachte ich die Zusagen von DGB und Einzelgewerkschaften deshalb als besonders wichtig, Initiativen, Wahlbündnissen oder Parteien keinerlei logistische und infrastrukturelle Hilfe für Neugründungen zu geben, die gegen die bestehenden demokratischen Parteien gerichtet sind. Lasst keine Missverständnisse entstehen.

Bald nach den Sommerwochen werden wir unsere Gesprächsfäden wieder aufnehmen und hoffentlich auch noch enger knüpfen können.

Im Herbst stehen viele wichtige Dinge auf der Tagesordnung. Ganz vorne auf der Agenda steht die Integration der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Es geht darum, die Umsetzung der neuen Arbeitsmarktreform sorgfältig vorzubereiten. Die Zielsetzung und die Chancen von Hartz IV zu ignorieren, wäre ein Fehler. Und deshalb bitte ich besonders

nachdrücklich, im Interesse der Langzeitarbeitslosen mitzuhelfen. Wenn alle sich bemühen, werden wir einiges in Bewegung setzen. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht zumutbar. Vorher, in diesen Wochen, steht für viele von uns der Jahresurlaub an (ungekürzt!). Dazu wünsche ich Euch und Euren Familien gute Erholung und vielleicht finden einige auch die Zeit, mir ein paar Zeilen zu schreiben zu 'SPD und Gewerkschaften'. Es würde mich freuen.

Glück auf!

Fra Mintopina